

Antrag 8/I/2026

OV Mühlenbecker Land

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Integration stärken statt einschränken – Keine kommunale Wohnsitzauflage für Geflüchtete

1 Die SPD Brandenburg lehnt die Einführung oder
2 Ausweitung kommunaler Wohnsitzauflagen für Ge-
3 flüchtete ab.

4 Die SPD Brandenburg setzt sich auf Landesebene
5 dafür ein, dass Integration durch freiwillige Ansied-
6 lung, soziale Teilhabe und individuelle Perspektiven
7 gefördert wird – nicht durch Zwangsmaßnahmen.
8 Statt Wohnsitzauflagen sind zielgerichtete Investi-
9 tionen in Wohnraum, Integration, Bildung und kom-
10 munale Infrastruktur zu stärken, insbesondere in
11 Kommunen mit hoher Aufnahmeleistung.

12

13 Begründung

14 Integration gelingt dort, wo Menschen Perspekti-
15 ven haben – nicht dort, wo sie verwaltet oder fest-
16 gesetzt werden. Kommunale Wohnsitzauflagen für
17 Geflüchtete greifen massiv in die persönliche Le-
18 bensgestaltung ein und erschweren nachweislich
19 Integration in Arbeit, Ausbildung, Familie und sozia-
20 le Netzwerke.

21 Geflüchtete sind auf funktionierende Unter-
22 stützungsstrukturen angewiesen: Sprachkurse,
23 Bildungsangebote, Beratungsstellen, familiäre
24 Bindungen und Arbeitsmöglichkeiten. Diese Vor-
25 aussetzungen sind regional sehr unterschiedlich
26 verteilt. Eine kommunale Wohnsitzauflage verhin-
27 dert Mobilität dorthin, wo Integration tatsächlich
28 gelingen kann, und wirkt damit integrationshem-
29 mend statt integrationsfördernd.

30 Zugleich verlagern Wohnsitzauflagen strukturelle
31 Probleme – etwa Wohnungsmangel oder fehlende
32 Integrationsangebote – auf die Betroffenen selbst,
33 anstatt sie politisch zu lösen. Das widerspricht dem
34 sozialdemokratischen Verständnis von Solidarität,
35 Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit.

36 Die SPD Brandenburg steht für eine aktive Integra-
37 tionspolitik, die Kommunen stärkt, Teilhabe ermög-
38 licht und gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert.
39 Zwangsmaßnahmen wie kommunale Wohnsitzauf-
40 lagen tragen dazu nicht bei und werden daher abge-
41 lehnt.